

Interpellation Patrick Cotti, Alternative Fraktion, vom 22. September 2003 betreffend Massnahmen zur aktuellen Jugendpolitik

Antwort des Stadtrates vom 11. November 2003

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Einleitung

Am 22. September 2003 reichte Gemeinderat Patrick Cotti namens der Alternativen Fraktion die Interpellation „Massnahmen zur aktuellen Jugendpolitik“ ein. Er stellt darin dem Stadtrat eine Reihe von Fragen.

2. Vorbemerkung

Jugendliche als zukunftsweisende Gruppe der Gesellschaft verdienen besondere Beachtung. Weil das politische Mitspracherecht von Jugendlichen erst ab 18 Jahren gilt, sind Jugendliche auf das Engagement älterer Generationen angewiesen. Diese haben die Aufgabe, die spezifischen Bedürfnisse der Jugendlichen aufzunehmen. Es ist auch Aufgabe der älteren Generationen für die Jugendlichen Grundlagen und Massnahmen zu schaffen, damit sie am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können.

Dem Stadtrat ist die Jugend ein wichtiges Thema und zentrales Anliegen. Bereits im Rahmen seiner Legislaturziele 1999 - 2002 „Die Zukunft der Stadt Zug gestalten“ hat sich der Stadtrat verpflichtet, „den Anliegen der Kinder und Jugendlichen ein besonderes Augenmerk zu schenken“. Der Stadtrat war sich im Klaren, dass mit den vorhandenen personellen Ressourcen nur im bescheidenen Ausmass Jugendpolitik betrieben werden kann. Daher hat er mit der Vorlage 1690 dem Grossen Gemeinderat im Dezember 2002 einen Antrag zur Schaffung der Stelle einer oder eines Kinder- und Jugendbeauftragten unterbreitet. Dieser Antrag wurde vom GGR abgelehnt.

Grundsätzlich obliegt die Themenbearbeitung „Jugendpolitik“ dem Sozialamt. Der Themenbereich ist einer Sozialarbeiterin zugeteilt. In der heutigen wirtschaftlichen angespannten Situation sind die Sozialarbeitenden vor allem mit der wirtschaftlichen Sozialhilfe beschäftigt und bemühen sich, die Wartezeiten für Erstgespräche nicht

noch weiter anwachsen zu lassen. Es fehlt an personellen Ressourcen, sich intensiv mit dem Thema Jugendpolitik auseinander zu setzen. Der Stadtrat ist sich dieser Situation bewusst und hat daher erneut bei der Festschreibung der Legislaturziele 2003 - 2006 der Kinder-, Jugend-, und Familienpolitik ein entsprechendes Gewicht beigemessen. Er will aufgrund eines zukunftsgerichteten Familienleitbildes Massnahmen für Kinder-, Jugend-, und Familienförderung erarbeiten. Mit der Erarbeitung eines möglichst breit abgestützten Familienleitbildes soll auch geklärt werden, welchen Beitrag zukünftig die Stadt in diesen Bereichen leisten kann und muss.

Ein grosser Teil der Jugendlichen hat das Bedürfnis, sich kulturell zu betätigen oder Kultur zu konsumieren. Jugendkultur erstreckt sich von „etablierter“ (Musikschule, Vereine usw.) bis zu so genannter „alternativer“, nicht organisierter Kultur; räumlich von festen Institutionen bis zum öffentlichen Raum. Abklärungen der städtischen Kulturkommission haben ergeben, dass das Angebot für Jugendliche, die sich im organisierten Rahmen kulturell betätigen wollen, in Zug gut und umfassend ist. Zusätzlich bieten die Institutionen des Vereins Zuger Jugendtreffpunkte niederschwellige Angebote mit guter Infrastruktur und relativ grosser Selbstbestimmung, die Jugendlichen auch als Lernfeld dienen können. Was in Zug zu wenig vorhanden ist (oder zu wenig zur Verfügung gestellt wird), sind vor allem Probe-, Arbeits- und Experimentier-Räume sowie Freiraum für (laute) Musik- und Tanzveranstaltungen.

Da das Engagement Jugendlicher oft kurzfristig und kurzlebig ist, die Wege durch Verwaltung und Politik aber eher lang und kompliziert, hat die Stadt bisher wenig Möglichkeiten, kurzfristig auf Bedürfnisse zu reagieren. Deshalb möchte der Stadtrat in dieser Legislatur eine Arbeitsgruppe Jugend (Arbeitstitel) schaffen, welche als Sprachrohr für die Bedürfnisse der Jugendlichen gegenüber Behörden und Öffentlichkeit fungiert. Dieses Forum baut auf dem Projekt „Impuls“ auf, das im Sommer 2003 durch den Verein Zuger Jugendtreffpunkte zur Eruierung der Bedürfnisse Jugendlicher durchgeführt wurde. Das Jugendforum wird zu Beginn des nächsten Jahres seine Arbeit aufnehmen. Die Arbeitsgruppe Jugend wird als Begleitgruppe zur Erarbeitung eines familienpolitischen Leitbildes, gemäss Legislaturzielen 2003 - 2006, eingesetzt.

Der Stadtrat konnte in der letzten Legislatur einiges im Bereich Jugend initialisieren und bewegen. So wurden im Schulhaus Guthirt ein schulergänzendes Betreuungsangebot „Spe“ (sozialpädagogische Einrichtung) geschaffen, welches heute kaum mehr wegzudenken ist. Weiter wurde die Studie Jugend und Gewalt im Kanton Zug durchgeführt. Der ausführliche Bericht wurde allen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zugestellt. Wie aus dem Schlussbericht der Studie zu entnehmen war, wären allein in diesem Bereich einige Projekte zu initiieren. Im Schulhaus Loreto wurde die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe mit einem 80%-Pensum eingeführt und in den Schulhäusern Guthirt und Herti konnte die Schulsozialarbeit auf der Grundstufe gestartet werden. Beide Projekte der Schulsozialarbeit sind äusserst erfolgreich und werden von den Kindern, Jugendlichen, Lehrpersonen und Eltern intensiv genutzt. Die von der Stadt Zug und Baar gemeinsam initiierte Sprachoffensive ist erfolgreich angelaufen und hat direkte Auswirkungen auf die Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen können wir Ihnen die Fragen zur Interpellation von Patrick Cotti wie folgt beantworten:

3. Antworten zu den Fragen

Frage 1

Welche Massnahmen hat der Stadtrat seit der Zeughausräumung getroffen, um gewalttätige Konfrontationen zwischen Jugendlichen und der Polizei zu verhindern?

Antwort

Seit der Zeughausräumung hat der Stadtrat keine zusätzlichen Massnahmen getroffen, um eine Konfrontation zwischen Jugendlichen und der Polizei zu verhindern. Seit der Zusammenlegung der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei zur Zuger Polizei stehen die Polizeikräfte im Kanton Zug ausschliesslich unter kantonaler Hoheit. Der Kanton führt die Zuger Polizei und bestimmt über die Art und Weise von Polizeieinsätzen, ist aber auch für die Handlungen (oder Unterlassungen) seiner Polizeieinheiten verantwortlich. Der Stadtrat hat keine rechtlichen Kompetenzen, der Polizei Weisungen oder politische Aufträge zu erteilen.

Dem Stadtrat ist es wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass er bereit ist, mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Die Jugendlichen aus der Besetzerszene machen jedoch nur einen ganz kleinen Teil der Jugendlichen aus. Gemessen an der inszenierten Gewalt und medienwirksamen illegalen Besetzung des Zeughausareals wurde und wird ihnen aber eine viel zu grosse Aufmerksamkeit zuteil. Weitaus der grösste Teil der Jugendlichen weiss auf legale und demokratische Weise auf seine Anliegen aufmerksam zu machen und die Unterstützung der Stadt zu erhalten. Die Jugendlichen aus der Besetzerszene haben verschiedentlich geäussert, dass sie kein Interesse haben, mit der organisierten Jugendkultur und der Stadt Verhandlungen zu führen. Selbst der Verein Zuger Jugendtreffpunkte ist mit seinen niederschwelligeren Angeboten für diese Jugendlichen kein Diskussionspartner.

Frage 2

Welche Schritte wird der Stadtrat einleiten, um zukünftige gewalttätige Konfrontationen zwischen Jugendlichen und der Polizei zu verhindern und den Dialog zu suchen?

Antwort

Soweit es sich um polizeiliche Massnahmen handelt, verweisen wir auf die Antwort zu Frage 1. In früheren Jahren stand dem Stadtrat für die Bearbeitung von jugendpolitischen Fragestellungen die Arbeitsgruppe Jugendpolitik (AG JUPO) als beratendes und unterstützendes Organ zu Seite. Diese Arbeitsgruppe ist mangels aktuellen Geschehnissen und Fragestellungen seit über 5 Jahren nicht mehr zusammengetreten. Das letzte Mal hat sie sich zur Stelle eine/eines Kinder- und Jugendbeauftragten im Jahr 2000 noch schriftlich geäussert. Die AG JUPO war vor allem zwischen den Jahren 1984 bis ca. 1997 sehr aktiv und hat einige wichtige Weichenstellungen mit-

gestaltet. In diesem Sinne war die Arbeitsgruppe eine wertvolle Stütze des Stadtrates.

Der Stadtrat versteht die Jugendarbeit und Jugendkultur als ständiges, wichtiges politisches Thema und möchte deshalb wieder eine Arbeitsgruppe Jugend einsetzen. Diese Arbeitsgruppe soll möglichst mit engagierten Personen aus Politik, Stadtrat, Verwaltung, Kulturkommission, Fachleuten aus der Jugendarbeit usw. breit abgestützt sein. Die Arbeitsgruppe Jugend soll mit folgenden Aufgaben betraut werden:

- Diskussionsplattform für Jugendpolitik;
- Sammeln und Interpretieren der Bedürfnisse von Jugendlichen;
- Sprachrohr für die Bedürfnisse der Jugendlichen gegenüber politischen Behörden und Öffentlichkeit;
- Mithilfe bei der politischen Umsetzung kurzfristiger Projekte und längerfristiger Bedürfnisse;
- Offenes Jugendforum mit Vertretern von Jugendlichen aus allen organisierten und nicht organisierten Jugendgruppierungen jeglicher Ausrichtung mit dem Ziel, nahe am Puls der Jugendpolitik und Jugendkultur reagieren zu können.

Für die Arbeitsgruppe Jugend soll ein Pflichtenheft erarbeitet werden.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass auch mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe und der Schaffung des Jugendforums sich nicht alle Jugendlichen angesprochen fühlen. Es werden sich neue Gruppierungen zusammenfinden, welche andere Interessen haben. Es wird Gruppierungen geben, welche sich gegen jegliche organisierte Zusammenkunft sträuben.

Der Stadtrat bietet ein konkretes Angebot an, wo Anliegen der Jugendlichen ernsthaft aufgegriffen werden. Er erwartet nicht, dass sich in der Jugendpolitik und Jugendkultur nun plötzlich alles einfach und unproblematisch verhält. Der Stadtrat zeigt mit der Schaffung des Jugendforums und der Arbeitsgruppe seine Dialogbereitschaft und hofft damit auch einen Beitrag zur Eindämmung der Gewaltbereitschaft Jugendlicher leisten zu können.

Frage 3

Ist der Stadtrat bereit, eine Gruppe von Parlamentarierinnen, Parlamentariern und Vertretern der Jugendarbeit und aus der Verwaltung, allenfalls unter Zuzug des Kantons, zu bilden, welche die Gespräche mit den Jugendlichen mit dem Ziel aufnimmt, dem Stadtrat konstruktive Massnahmen bezüglich der Umsetzung bzw. der Veränderung von Wohn- und Kulturraum zu unterbreiten? Wie stellt er sich zum Beizug eines Mediatoren oder einer Mediatorin?

Antwort

Bereits mit der Antwort zu Frage 2 hat der Stadtrat seine Bereitschaft angezeigt, innerhalb einer Arbeitsgruppe Jugend allen an der Jugendpolitik Interessierten Einsitz zu gewähren. Die Zuständigkeit für die Umsetzung von jugendpolitischen Massnahmen liegt bei den Gemeinden. Mit der Arbeitsgruppe sollen dem Stadtrat konstruktive Massnahmen bezüglich der Umsetzung von jugendpolitischen und jugendkulturellen Anliegen unterbreitet werden. Auch wenn der Stadtrat seinen Willen kundtut

und die Anliegen von Jugendlichen unterstützt, setzt eine Umsetzung von jugendpolitischen und jugendkulturellen Anliegen in den allermeisten Fällen auch die Zustimmung des GGR voraus.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass mit der Schaffung des Jugendforums und der Arbeitsgruppe Jugend die Jugendpolitik und die Jugendkultur ein neues Gewicht erhält. Die Arbeitsgruppe Jugend bietet Gewähr, dass eine fundierte und umfassende Jugendpolitik und Jugendkultur in die Arbeit des Stadtrates einfließt. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Ausbildung der zuständigen Mitarbeitenden Gewähr für eine gute Diskussions- und Gesprächsleitung innerhalb der Kommission bietet. Die Mitarbeitenden sind sich gewohnt, auch grössere Veranstaltungen zu moderieren, wie zum Beispiel die geplanten Zusammenkünfte mit interessierten Jugendlichen. Der Stadtrat erachtet den Beizug einer Mediatorin oder eines Mediatoren zum jetzigen Zeitpunkt als nicht notwendig.

4. Antrag

Wir beantragen Ihnen,

- von der Antwort des Stadtrates zur Interpellation Patrick Cotti, Alternative Fraktion, vom 22. September 2003 betreffend „Massnahmen zur aktuellen Jugendpolitik“ Kenntnis zu nehmen und
- den Vorstoss als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Zug, 11. November 2003

Christoph Luchsinger, Stadtpräsident

Arthur Cantieni, Stadtschreiber

Beilage:

- Interpellation Patrick Cotti, Alternative Fraktion, vom 22. September 2003 betreffend Massnahmen zur aktuellen Jugendpolitik

Die Vorlage wurde vom Departement Soziales, Gesundheit und Umwelt verfasst. Für Auskünfte steht Ihnen Departementssekretärin Lina-Maria Staub unter Tel. 041 728 22 73 zur Verfügung.